



Interviews

19. August 2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Thorsten Frei, CDU

Schmidt-Mattern: Am vergangenen Freitag da schien die Ampelkoalition in Berlin vor einer Verschnaufpause zu stehen. Da war mutmaßlich wieder in letzter Sekunde eine Einigung, ein Kompromiss gelungen auf einen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr. Allein, es bleibt ein Schuldenposten von zwölf Milliarden Euro, von dem nicht sicher ist, wie diese Lücke dann noch gefüllt werden kann. Das wird jetzt die Herausforderung für die Bundestagsabgeordneten nach der Sommerpause sein. Dann übers Wochenende eine neue Diskussion um den Vorstoß, um Gerüchte aus der Ampelkoalition, man wolle die Ukraine-Hilfen in Zukunft deckeln. Es werde keine weiteren finanziellen Zusagen mehr geben über die bereits schon zugesagten Gelder. Das alles wollen wir jetzt besprechen und was daraus folgt und welche Gegenvorschläge die Opposition hat. Und dazu begrüße ich jetzt am Telefon Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, guten Morgen.

Frei: Schönen guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Ich hatte es eben schon angesprochen. Es sind Pläne der Ampelkoalition bekannt geworden, die finanziellen Hilfen für die Ukraine in den kommenden Jahren zu deckeln. Zugesagte Gelder soll es noch geben. Darüber hinaus aber soll nichts mehr aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, was nicht bis jetzt schon angefragt worden ist aus Kiew. Ist das der richtige Weg, um künftig Geld im Bundesetat einzusparen?

Frei: Nein. Das ist natürlich falsch. Der Bundeskanzler hat in seiner Rede am 27. Februar 2022, in seiner berühmten Zeitenwende-Rede, ja selbst gesagt, dass die Zeit in ein Davor und in ein Danach geteilt wird und dass wir jetzt die Schwerpunkte im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und auch der Unterstützung der Ukraine setzen müssen. Tatsächlich hat die Bundesregierung eben nichts davon umgesetzt. Und deshalb ist es der falsche Weg und ein fatales Signal in die Ukraine, nach Russland und auch an unsere NATO-Bündnispartner.

Schmidt-Mattern: Nun hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren humanitäre Hilfe, direkte Zahlungen und Waffen im Gesamtwert von weit über 30 Milliarden Euro der Ukraine zur Verfügung gestellt. Ist es da nicht der richtige Vorstoß zu sagen, ab jetzt soll die Ukraine-Hilfe aus anderen Töpfen finanziert werden? Es gibt ja den konkreten Vorschlag, das aus den eingefrorenen Zentralbankreserven Russland zu finanzieren.

Frei: Ich hätte grundsätzlich nichts dagegen, das aus den russischen Staatsgeldern zu finanzieren, jedenfalls prioritär. Aber das ist ja kein konkreter Vorschlag. Es gibt eine politische Vereinbarung auf der Ebene der G7-Staaten, aber es laufen internationale Verhandlungen. Es ist nicht geklärt, ob das Geld oder nur die Zinsen daraus zur Verfügung stehen. Jedenfalls kann niemand sagen, ob, wann und in welcher Größenordnung das Geld zur Verfügung steht. Und wenn man das berücksichtigt und auch die Äußerungen der Koalition, dann muss man sagen, das ist ein weiteres Kapitel aus der Geschichte von Luftbuchungen, weil man im Grunde genommen für die Zukunft, also für die Zeit in der Legislaturperiode, wo man keine Verantwortung mehr trägt ... (Tonstörung). Ob das realistisch ist, weiß niemand.

Schmidt-Mattern: Herr Frei, wir versuchen es jetzt noch einmal mit einer Frage. Die Leitung ist leider so schlecht, dass wir Sie kaum verstehen können. Vielleicht können Sie auch ein paar Meter weitergehen, wo die Verbindung besser ist. Und wir kommen auf diesen Punkt noch einmal zu sprechen. Sie sagen, das ist nicht der richtige Weg. Wo würden Sie denn aber dann einsparen in den kommenden Jahren, um die Schuldenbremse einhalten zu können? Das ist ja auch das erklärte Ziel der Union bzw. der Unionsführung.

Frei: Ja, das ist das erklärte Ziel. Aber vielleicht ein Schritt noch zurück. Wir haben heute ein Haushaltsvolumen, das liegt bei 475 Milliarden Euro. Das sind 120 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2019. Und bei diesem Volumen es nicht zu schaffen, auch nur 1 Prozent einzusparen, ist natürlich ein Armutszeugnis für die Koalition. Priorisierung bedeutet, dass man eben insbesondere im Bereich der konsumtiven Ausgaben einsparen muss. Und da gibt es viele Potenziale. Auf die haben wir immer wieder auch in den letzten Haushaltsberatungen hingewiesen.

Schmidt-Mattern: Dann machen wir es konkret. Sie sagen bei den konsumtiven Ausgaben sparen. Wo genau würden Sie sparen, wenn Sie jetzt in Regierungsverantwortung wären als CDU/CSU?

Frei: Na ja, es ist zum Beispiel nicht akzeptabel, dass wir auf der einen Seite 1,8 Millionen offene Stellen haben, auf der anderen Seite die Zahl der Bezieher von Bürgergeld ständig steigt. Wir haben 5,5 Millionen Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld. Das ist ein neuer Höchststand. Und deswegen müsste man die Dinge so verändern, dass Arbeit lukrativer wird. Leistung muss sich lohnen. Wir müssen mehr Menschen in Arbeit bringen. Zurzeit erleben wir das Gegenteil – eine schrumpfende Wirtschaft und steigende Arbeitslosenzahlen.

Schmidt-Mattern: Da haben wir ja schon den Vorschlag aus der Ampelkoalition heraus selbst, das Bürgergeld zu kürzen in der nächsten Runde. Abgesehen davon, ist es legitim, gerade auf dem Rücken der Schwächsten den Haushalt, ja, verfassungsgemäß und im Rahmen des Sparens halten zu wollen?

Frei: Beim Bürgergeld geht es darum, diejenigen zu unterstützen, die selbst nicht für ihren Unterhalt sorgen können. Und für die muss in einer sozialen Marktwirtschaft, in einem sozialen Bundesstaat, der wir sind, auch weiterhin genügend Geld zur Verfügung stehen, aber nicht für diejenigen, die arbeitsfähig sind, die jung genug sind, die gesund sind, aber tatsächlich nicht arbeiten. Da muss es, glaube ich, einen klaren Schnitt geben. Und wenn Sie allein die nackten Zahlen anschauen, dass wir inzwischen für das Bürgergeld etwa 10 Prozent des Volumens des Bundeshaushaltes ausgeben, dann muss man sagen, das ist einfach zu viel. Das steht in keinem Verhältnis und deshalb muss man gerade an diesen großen Posten ran.

Schmidt-Mattern: Können Sie denn verstehen, dass bei denen, die etwas weniger im Portemonnaie haben in diesem Land, dass es bei denen übel aufstößt, nicht nur bei den Bürgergeldempfängern selbst, wenn die Union auf der einen Seite sagt, lasst uns beim Bürgergeld kürzen, aber zum Beispiel Pläne für eine Vermögenssteuer oder bei denen etwas zu kürzen, die genug haben in diesem Land, um gut über die Runden zu kommen, da geht man nicht ran? Das stört das Gerechtigkeitsempfinden vieler Leute. Ist das eine gute Botschaft im Wahlkampf jetzt für die CDU?

Frei: Ja, wir haben ja ein progressives Einkommensteuerrecht. Das heißt, die starken Schultern tragen auch deutlich mehr. Und so ist es bei uns in Deutschland ja auch. Fakt ist, wenn Sie das Thema Vermögenssteuer ansprechen, dass es bisher nie gelungen ist, eine verfassungsgemäße Lösung zu finden. Und die wird man im Übrigen auch nicht finden, wenn sie gleichzeitig bürokratiearm sein soll.

Schmidt-Mattern: Wer nicht sucht, der findet nicht.

Frei: Nein. Es ist doch ganz klar, dass wenn sie die Substanz eines Vermögens besteuern, dass sie das dann jeweils jedes Jahr neu feststellen müssen und dass das mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden ist, liegt meines Erachtens auf der Hand. Zudem ist es immer schwierig, wenn man schon einmal versteuertes Vermögen erneut einer Besteuerung unterzieht. Also ich glaube, wir haben nicht das Problem, dass die Menschen in Deutschland zu wenig bezahlen. Wir haben auf der anderen Seite das Problem, dass der Staat es nicht schafft, mit den immer weiter steigenden Steuereinnahmen auch einigermaßen zu haushalten.

Schmidt-Mattern: Sie selbst haben im Frühjahr in einem Interview gesagt, die Schuldenbremse sei eine Form der Selbstbeschränkung und sie sei kein Wellness-Instrument. Wenn die CDU/CSU wieder in Regierungsverantwortung käme, müssten Sie dann nicht spätestens in die Not kommen, die Schuldenbremse reformieren zu müssen?

Frei: Die Schuldenbremse war die Antwort auf die nicht funktionierende goldene Regel im Grundgesetz, nämlich immer nur so viele Schulden zu machen, wie man auf der anderen Seite auch investiert. Das hat erkennbar nicht funktioniert. Und deshalb glaube ich, brauchen wir die Schuldenbremse so wie sie ist. Und der Staat muss lernen, auch die politischen Verantwortungsträger, mit dem vorhandenen Geld auszukommen.

Schmidt-Mattern: Gut, aber weil alles ja wirklich in diesem finanzhaushaltspolitischen Rahmen miteinander zusammenhängt, sagen Sie also auch – wie zum Beispiel Christian Lindner von der FDP – wir halten die Schuldenbremse ein, auch,

wenn das im Umkehrschluss heißt, dass wir außenpolitisch als Unterstützer der Ukraine als unzuverlässig erscheinen?

Frei: Das darf meines Erachtens nicht passieren. Ich nehme den Bundeskanzler ernst ...

Schmidt-Mattern: Tut es aber doch.

Frei: ... mit seiner Zeitenwenderede, dass es eben zu einer Neu-Priorisierung kommen muss. Das bedeutet, man kann nicht zusätzliche Aufgaben schultern und das alte Programm einfach stoisch weiter abarbeiten. Wir haben ja erlebt, wie lange es gedauert hat, bis in der Koalition die Realität bei der Kindergrundsicherung beispielsweise angekommen ist. Die Koalition wollte ja immer weitere und neue soziale Leistungen machen, die vielleicht wünschenswert wären, aber die man sich am Ende auch leisten können muss. Und ich finde, das ist das Normalste von der Welt, dass wenn sich neue Aufgaben auftun, neue Prioritäten ergeben, dass dann eben auch die Verantwortung der Regierung ist, Nachrangigkeiten zu beschreiben. Das ist nicht so schön. Das macht nicht so viel Spaß, auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber es ist notwendig in einer verantwortungsvollen Politik.

Schmidt-Mattern: Gut, also der einzige konkrete Vorschlag, den ich jetzt von Ihnen in diesem Interview gehört habe, um mehr Einnahmen zu generieren, war die Kürzung oder Veränderung am Bürgergeld. Das wird aber ja nicht reichen, um zwölf Milliarden Euro einzusparen. Wenn Sie jetzt in der Situation der Ampel für den Haushalt nächstes Jahr wären, nennen Sie uns noch zwei, drei andere Beispiele, wo will die Union sparen?

Frei: Also das kann man durchaus sagen. Und ich glaube, der erste Schritt ist, dass man wieder für Wirtschaftswachstum sorgt. Wenn es gelänge, auch nur 1 Prozent Wirtschaftswachstum zu generieren und damit in die Richtung des europäischen Durchschnitts zu kommen, also nicht irgendwo weiß Gott wohin, dann würde das eine zweistellige Milliardensumme zusätzlicher Einnahmen für den Bundeshaushalt bedeuten. Und deshalb müsste die Politik darauf ausgerichtet sein, neues Wachstum

zu generieren. Dafür braucht man Deregulierung, Arbeitsanreize und eine Verringerung der Kosten für Strom und Energie, die in Deutschland so hoch sind wie nirgendwo sonst auf der Welt. Das würde einen vollkommenen Politikwechsel erfordern. Ich will aber auch ein anderes Beispiel benennen. Wir haben Vorschläge für eine grundlegende Neuorientierung in der Migrationspolitik gemacht. Das würde sehr viel Geld sparen. Heute geben wir gesamtstaatlich etwa 50 Milliarden Euro für das Thema Migration in Deutschland aus. Auch das sind mehr als 10 Prozent des Bundeshaushaltes. Und deshalb, glaube ich, gibt es genügend Möglichkeiten, wo man diese Einsparungen realisieren könnte.

Schmidt-Mattern: Ja. Herr Frei, damit hätten Sie ja als Union schon längst vor Regierungsantritt der Ampel anfangen können. Sie waren ja lange genug in Regierungsverantwortung, um die Migration besser zu steuern und Kommunen zu entlasten.

Frei: Tatsächlich waren die Zahlen, bis auf die Jahre 2015 und 2016, in unserer Regierungszeit deutlich niedriger als heute. Aber Sie haben natürlich vollkommen Recht. Auch wir hätten in diesem Bereich früher gegensteuern müssen. Aber das nützt nichts. Das ist vergossene Milch. Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der heutigen Politik das bestmögliche nicht nur für den Bundeshaushalt, sondern für unser Land insgesamt zu erreichen.

Schmidt-Mattern: Ich halte noch mal fest, Sie machen als Sparvorschläge Bürgergeld kürzen und die Wirtschaft ankurbeln. Letzteres, genau damit plant auch die Ampel jetzt im kommenden Haushalt. Auch das ist sozusagen, weder von Ihnen noch von der Ampel, dann das Geld schon da. Liegt diese Zurückhaltung für konkrete Sparvorschläge auch an den Landtagswahlen in den kommenden zwei Wochen in Sachsen und Thüringen?

Frei: Nein, das tut es nicht. Aber es ist natürlich zunächst einmal die Verantwortung der Bundesregierung, einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Das ist jetzt bisher nur in sehr unzureichender Art und Weise geglückt. Die Koalition hat drei Wochen gebraucht, um 4,5 Milliarden Euro umzubuchen, also nicht einzusparen, sondern umzubuchen. Und wenn der Haushalt dann dem Bundestag zugeleitet ist und wir im September die Beratungen beginnen werden, dann werden wir natürlich

auch entsprechende Einsparvorschläge machen. Wir werden uns das Zahlenwerk der Bundesregierung sehr genau anschauen. Und über die von Ihnen jetzt angesprochenen Punkte wird es beispielsweise in den einzelnen Ministerien, die sich mit konsumtiven Ausgaben beschäftigen, weitere Einsparpotenziale geben. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Und die werden wir identifizieren. Und dazu machen wir dann natürlich auch Vorschläge. Aber den ersten Schritt, die Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung.

Schmidt-Mattern: Wir sind gespannt. Und diese Vorschläge kommen dann jetzt auch erst, halten wir fest, nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland. Danke, Thorsten Frei, Unionsfraktionsgeschäftsführer im Bundestag, für Ihre Zeit heute Morgen.

Frei: Sehr gerne. Ihnen einen schönen Tag.